

EU-ERWEITERUNG UND SICHERHEIT

Tragfähige Partnerschaften

Die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Deutschland funktioniert hervorragend. Diese Bilanz zogen Sicherheitsexperten bei einem Sicherheitssymposium in Salzburg.

Die EU-Erweiterung ist eng verknüpft mit Sicherheit. Es besteht ein Unterschied zwischen der tatsächlichen Sicherheit und dem subjektiven Sicherheitsgefühl", sagte Nationalratsabgeordneter Mag. Eduard Mainoni, der das Sicherheitssymposium über die "Zusammenarbeit der Republik Österreich mit dem Freistaat Bayern im Bereich der Sicherheit als Vorbild für EU-mitgliedwerbende Staaten" am 3. Dezember 2001 in Salzburg im Rahmen der "Österreich-Plattform" organisiert hatte.

"Die Österreicherinnen und Österreicher vermuten bei vielen beitrittswerbenden Staaten ein Sicherheitsdefizit", betonte Mainoni. Zwei Themen stünden im Vordergrund: Das Wanderungsproblem und die organisierte Kriminalität. Das Symposium sei "die logische Fortführung des Forums Salzburg im Juli, das in die Salzburger Deklaration mündete", meinte der Abgeordnete. Die Staaten müssten ein Sicherheitsnetz aufbauen, "mit unseren Kenntnissen und unserer Unterstützung, damit Österreich und die Kernländer sich nicht zu sorgen brauchen, dass es zu Risiken im Bereich der Sicherheit kommt." Mainoni schlug vor, bei den Botschaften in den Beitrittsstaaten Sicherheitsattachés einzurichten.

"Sicherheit schaffen können wir nicht dadurch, dass wir über Unsicherheit reden", sagte Dr. Erik Buxbaum, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit. "Wir müssen davon ausgehen, dass die Nachbarn in einigen Jahren Mitglieder der EU sind. Damit der Sicherheitsstandard nicht absinkt, müssen wir auf die Länder zugehen, ihnen helfen mit Know-how und technischer Hilfe. Damit die Zusammenarbeit mit diesen Ländern das Niveau erreicht, dass wir mit Deutschland haben."

Die Sicherheitsverwaltung sei "fest entschlossen, mit den Nachbarstaaten ein Höchstmaß an Sicherheit" zu schaffen, betonte Buxbaum. "Wir müssen Vertrauen aufbauen; das bedarf auch eines Vertrauensvorschlusses." Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit wies darauf hin, dass die österreichische Polizei interessiert sei, dass die östlichen Nachbarstaaten möglichst rasch Schengenreife erreichen. Alle Kandidaten hätten sich sehr bemüht, einen hohen Sicherheitsstandard zu erlangen. "Wir müssen sie nach Möglichkeit mit unseren Ressourcen unterstützen. Was wir jetzt erledigen, kommt uns beim Beitritt zu Gute." Österreich unterstütze die Idee einer europäischen Grenzpolizei, sagte Buxbaum: "Man kann davon ausgehen, dass es einigen Ländern nicht gelingen wird, den Standard von Österreich zu erreichen." Es werde "notwendig sein, dass wir die Politik bitten, zusätzliche Mittel bereit zu stellen", etwa für die Ausstattung von Flüchtlingslagern und Asylbüros in sicheren Drittstaaten. "Das ist auch eine Investition in die Sicherheit in Österreich."

Sicherheitsniveau gestiegen

Ministerialdirigent Waldemar Kindler, Leiter der Polizeiabteilung des Freistaats Bayern, erwähnte, dass die Polizeiführung in Bayern 1998 nach dem Wegfall der Kontrollen an der österreichischen Grenze "Angst gehabt" habe, dass die Kriminalität steige. "Wir waren überrascht, als nach Wegfall der Grenze das hohe Niveau gestiegen ist." Die verdachtsunabhängigen Kontrollen in Grenznähe (Schleierfahndung) haben zu einer Verunsicherung der Täter geführt. Kindler betonte die gute Zusammenarbeit der bayrischen und österreichischen Sicherheitsbehörden: "Das Verhältnis vor Ort ist so gut, dass wir aufpassen müssen, dass wir in den Ministerien dieses Verhältnis nicht stören."

Kindler schlug vor, gemeinsame Fahndungsgruppen einzurichten. "Wir brauchen in Europa eine einheitliche Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit. Wir sind davon weit entfernt." Die Zusammenarbeit mit Österreich habe "oberste Priorität. Das wird auch so bleiben. Zum Nachteil der Straftäter und zum Vorteil der Bürger."

Dieter Hillebrand, Polizeipräsident von Oberbayern, lobte die Arbeit der Polizeiinspektionen Fahndung, die nach dem Wegfall der Grenzkontrollen in Grenznähe eingerichtet worden seien.

"Damit haben wir Neuland beschritten. Die Ergebnisse der Fahndungsdienststellen übertrafen die Erwartungen." Für die Kriminalitätsbekämpfung sei eine "reibungslöse grenzüberschreitende Zusammenarbeit unabdingbar. Wenn die Zusammenarbeit überall in Schengen so gut funktioniert wie zwischen Bayern und Österreich, dann mache ich mir keine Sorgen um die Sicherheit im Hause Europa", betonte Polizeipräsident Hillebrand. Schwierigkeiten gebe es lediglich in der Technik: "Es fehlt an einem flächendeckenden Funknetz."

W.S.

EU-ERWEITERUNG

Sicherheitspartnerschaften

Der Beitrittsprozess kommt jetzt in die heiße Phase", berichtete Brigadier Kurt Hager von der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Das Hauptrisiko sei das Absinken des hohen Sicherheitsniveaus. Die Beitrittsländer müssten das Schengen-Aquis (Rechtsbestand) erfüllen. Das Inkraftsetzen des Schengener Vertragswerks erfolge erst dann, "wenn davon auszugehen ist, dass es zu keiner Gefährdung der inneren Sicherheit kommt, wenn Polizei und Justiz funktioniert", schränkte Hager ein. Die EU-Erweiterung biete Chancen für Österreich: "Wir haben Verbündete, um Interessen durchzusetzen. Die Osteuropäer sind aus der Geschichte heraus unsere natürlichen Verbündeten. Es ist notwendig, Partnerschaften zu begründen, die auch nach dem Beitritt halten."

Brigadier Hager verwies auf die beiden Leitsätze von Innenminister Dr. Ernst Strasser: Der hohe Sicherheitsstandard in Österreich müsse nach dem Beitritt erhalten bleiben; und es müssten tragfähige Partnerschaften gebildet werden. Österreich unterstütze alle Beitrittswerber, vor allem aber die Nachbarländer und Polen. Ziel der Zusammenarbeit sei die volle Schengenreife und der Abbau der Grenzen zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt. Alle Nachbarn sollten so schnell wie möglich sichere Drittstaaten werden. "Die bilaterale und regionale Zusammenarbeit muss eine neue Qualität erreichen", betonte Hager. Mit den

Sicherheitspartnerschaften, die beim Forum Salzburg im Juli formell beschlossen wurden, solle die regionale Zusammenarbeit verstärkt und langfristig in der EU gefestigt werden. "Wenn Österreich und die Partnerländer zusammenarbeiten, kommt das den Bürgern zu Gute."

Investition in Sicherheit. Der Aufbau einer funktionierenden Außengrenze sei sehr teuer, sagte Kurt Hager: "Wir müssen auch bereit sein, uns diese Partnerschaft etwas kosten zu lassen. Das ist eine Investition in die innere Sicherheit."

Fit für den Euro

Die Währungsumstellung bedeutet auch für die Exekutive eine große Herausforderung.

Neben den sicherheitspolizeilichen Maßnahmen bei der Euro-Vorverteilung von September bis Dezember 2001 gab es im Innenministerium eine Reihe von Maßnahmen, um Polizei und Gendarmerie eurofit zu machen:

- Die Informationsarbeit umfasste Veranstaltungen, Folder und Plakate. Auch im Intranet wurde (und wird) über den Euro informiert.
- Polizeiwachzimmer und Gendarmerieposten erhielten Euro-Wechselgeld für die Übergangszeit. In der dualen Phase wird Wechselgeld grundsätzlich nur in Euro herausgegeben.
- Für die bargeldlose Zahlung wurden Ämter mit Bankomatkassenterminals mit integrierter Kreditkartenfunktion ausgestattet.
- Die Softwareapplikationen wurden rechtzeitig auf Euro umgestellt. Die Wirtschaftsstellen und Buchhaltungen erhielten Euro-taugliche Rechengeräte.
- Umrechnungstabellen und Euro-Rechner sollen den Exekutivbeamten im Außendienst die Umrechnung erleichtern.
- Für die Einhebung von Beträgen bei Organ-, Anonym- und Computerstrafverfügungen wurde gemeinsam mit den Bundesländern eine praktikable Lösung getroffen: Die Länder verzichten auf Einnahmen zugunsten einer praktischen Handhabung. Die Schilling-Beträge werden in Euro umgerechnet und danach auf den nächst niedrigen vollen Euro-Betrag abgerundet. Das Bundesland Wien hat beschlossen, bei den Strafbeträgen für 100 Schilling 7 Euro (statt 7,27 Euro) zu berechnen.

KSÖ-Eurokampagne

Das Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ) organisierte im Jahr 2001 zahlreiche Informationsveranstaltungen in allen Landeshauptstädten zum Thema Euro. Dabei führte Innenminister Dr. Ernst Strasser Gespräche mit Experten aus Wirtschaft, Banken, Justiz und anderen Organisationen über Fälschungssicherheit, Transportsicherheit und andere kriminelle Begleiterscheinungen bei der Euro-Umstellung.

Der Minister warnte vor allem vor der Gefahr, dass Geldfälscher ihre Blüten bis Ende der dualen Phase in Umlauf bringen könnten, bevor die "Altwährungen" nicht mehr angenommen werden. Die Abschlussveranstaltung der KSÖ-Kampagne fand am 3. Dezember 2001 in der Wirtschaftskammer Österreich in Wien statt.